

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-W Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

1 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

2 Klimaneutralität ist die große Chance für den Industriestandort Deutschland. Grüne
3 Technologien aus Deutschland werden weltweit nachgefragt. Beim erneuerbaren Wasserstoff
4 sind wir Europäer*innen noch führend. Für große Teile der deutschen Industrie ist das Pariser
5 Klimaabkommen fester Bestandteil der Planungen geworden, unternehmerische
6 Investitionsstrategien sind auf Klimaschutz ausgerichtet. Die meisten wissen, dass die
7 Märkte der Zukunft klimaneutral sind. Und sie wissen: Deutschland kann so viel mehr. In den
8 Unternehmen, den Köpfen und den Strukturen stecken die Innovationskraft und der Wille, in
9 die Zukunft zu wirtschaften. Wir sehen, mit welcher Agilität Unternehmer*innen neue Ideen
10 oder Geschäftsmodelle entwickeln und dabei auch ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden
11 wollen. Und wir sind überzeugt, dass das freie und kreative Handeln, die Dynamik eines
12 fairen Wettbewerbs und die Stärke von gesellschaftlicher Kooperation innovativ Probleme
13 lösen.

14 Die Digitalisierung bedeutet einen weiteren großen Umbruch, der unsere Wirtschaft und die
15 Gesellschaft maßgeblich prägt. Wir wollen die Digitalisierung gestalten und dafür sorgen,
16 dass notwendige Innovationen in Europa entwickelt und marktfähig werden. Deutschland und
17 Europa sollen auch bei Zukunftstechnologien die Spitze beanspruchen. Dafür nutzen wir auch
18 die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen G7-Präsidentschaft 2022.

19 Allerdings steht die deutsche und europäische Wirtschaft unter großem Druck: Unser
20 Industrieland muss sich im globalen Wettbewerb mit autoritärem Staatskapitalismus und
21 weitgehend unregulierten Techgiganten behaupten. Die Pandemie hat viele Wirtschaftszweige
22 hart getroffen, einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die
23 Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen verlangen ein Umsteuern. Zugleich ist unser
24 Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Wenn wir es jetzt aber klug anstellen,
25 können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu eichen. Dann können wir dafür sorgen,
26 dass Wachstum nur im Einklang mit den planetaren Grenzen stattfindet, statt unsere
27 natürlichen Ressourcen zu übernutzen.

28 Unsere Sozialsysteme, den Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzierung richten wir darauf aus,
29 auch beim Wirtschaften innerhalb dieser Grenzen stabil zu bleiben. Wir können eine sozial-
30 ökologische Marktwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls in Europa begründen, die Wohlstand mit
31 Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Sie ist Ausgangspunkt für
32 eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft, im Handwerk, bei Start-
33 ups oder in der Dienstleistungsbranche, die Lebensqualität sichert, uns Menschen freie
34 Entfaltung ermöglicht und einen klimagerechten Wohlstand schaffen kann.

35 Dafür ist eine Politik nötig, die will, die nach vorne führt und verlässlich steuert. Nicht
36 weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern weil die Wirtschaft klare Verhältnisse,
37 verlässliche politische Rahmenbedingungen und Anreize braucht. Nur dann haben Unternehmen
38 Planungssicherheit und wissen, dass sich klimaneutrales, nachhaltiges Wirtschaften lohnt.
39 Und nur dann kann sich die Innovationskraft von Beschäftigten und Unternehmer*innen
40 entfalten in einzelbetrieblich sinnvollen Entscheidungen für nachhaltigen Wohlstand.

41 Ungeregelte Märkte können sehr viel zerstören. Wenn wir Märkte aber nachhaltig und sozial
42 gestalten, können sie Innovationen entfachen, die wir für die Transformation brauchen. Damit
43 das gelingt, stellen wir die Weichen konsequent auf Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft
44 und ermöglichen der Wirtschaft neue Spielräume innerhalb der planetaren Grenzen. Wir
45 schaffen Anreize, streichen umweltschädliche Subventionen und setzen ordnungspolitische
46 Regeln, damit nachhaltig produziert, gehandelt und konsumiert wird. Wir nutzen Konzepte wie
47 Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als Mittel zum Zweck und bemessen
48 klimagerechten Wohlstand, das eigentliche Ziel von Politik, neu. Wir starten eine umfassende
49 Investitionsoffensive, öffentlich wie privat, um dem immensen Investitionsstau in unserem
50 Land zu begegnen und Klimaschutz, Digitalisierung und Bildung deutlich zu stärken. Dafür
51 setzen wir auf eine vorsorgende Haushaltspolitik.

52 Wir gehen die Ungerechtigkeiten im Steuersystem entschlossen an und nutzen die
53 Lenkungswirkung von Steuern für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft. Wir sorgen dafür, dass
54 sich sehr wohlhabende und reiche Menschen und große Konzerne ihrer Verantwortung stärker
55 stellen. Globale Konzerne sollen nicht mächtiger sein als Staaten – es gilt das Primat der
56 demokratischen Politik zu behaupten. Wir wollen die enorme Kluft zwischen Arm und Reich
57 verringern, denn Gesellschaften, in denen die Ungleichheit gering ist, sind insgesamt
58 zufriedener. Hohe Einkommen und Vermögen sollen deshalb mehr zur
59 Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen und niedrige werden entlastet. Anhaltende
60 schwere wirtschaftliche Ungleichgewichte in Europa und weltweit wollen wir ebenfalls helfen
61 abzubauen, indem wir in Deutschland verstärkt öffentlich investieren und gute Löhne
62 durchsetzen.

63 Wirtschafts- und Finanzpolitik muss europäisch gemacht werden. Als Europäer*innen können wir
64 mit unserem starken gemeinsamen Binnenmarkt internationale Standards setzen und
65 Innovationen
66 vorantreiben. Solange es Wettbewerbsverzerrung gibt, braucht es auch den Schutz des EU-
67 Binnenmarktes und vor allem der kritischen Infrastruktur. Zugleich setzen wir uns für eine
68 gemeinsame strategische Außenwirtschaftspolitik ein, die Fairness zu einem Gebot des
69 internationalen Wettbewerbs und des freien Welthandels macht und weltweit nachhaltiges und
70 menschenrechtskonformes Wirtschaften befördert. Als Europäer*innen investieren wir
71 gemeinsam
72 in Klimaschutz, Forschung und den Wohlstand der Zukunft, den Weg dahin bereit ein Green New
73 Deal. In einer Bundesregierung werden wir alles dafür tun, dass die Europäische Union der
74 erste CO₂-freie Wirtschaftsraum wird.

73 So legen wir die Grundlagen dafür, dass Deutschland und Europa erfolgreiche
74 Industriestandorte mit einem leistungsfähigen Mittelstand, hoher Wertschöpfung, starkem

75 Sozialstaat und guten Arbeitsplätzen bleiben – in traditionsreichen und innovativen
76 Industrieunternehmen, im Maschinenbau, in kleinen und mittelständischen Betrieben. Mit einer
77 aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik zeigen wir eine Richtung auf und bieten
78 zukunftsfähigen Unternehmen gute Bedingungen. So machen wir aus der Marke „Made in
Germany“
79 ein Gütesiegel für eine zukunftsfähige Wirtschaft in einem klimaneutralen und sozialen
80 Europa. Außerdem fördern wir eine kooperative und fürsorgende Wirtschaftsweise. So entstehen
81 viele Arbeitsplätze in regionalen Wertschöpfungsketten, gemeinwohlorientiert statt
82 gewinnorientiert. Wir brauchen eine vielfältige Wirtschaft, die widerstandsfähig gegenüber
83 Krisen wird.

84 **Wir fördern Unternehmer*innengeist, Wettbewerb und Ideen**

85 **Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**

86 Nach der Corona-Pandemie braucht unser Land einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Das
87 Beste, was die Politik dazu beitragen kann, ist, das zu tun, was sie die letzten zehn Jahre
88 sträflich versäumt hat: in unsere gemeinsame Zukunft zu investieren. Nur wenn auch der Staat
89 seinen Teil beiträgt, wenn öffentliche und private Investitionen gemeinsam auf ein Ziel
90 ausgerichtet werden, wird Europa den Anschluss im Bereich moderner Zukunftstechnologien
91 halten und sich im Wettbewerb mit den USA und China behaupten können. Wir starten in der
92 nächsten Legislaturperiode eine Investitionsoffensive. Mit Investitionen in schnelles
93 Internet, überall. Spitzenforschung vom Quantencomputer bis zur modernsten Biotechnologie.
94 In klimaneutrale Infrastrukturen, in Ladesäulen, einen Ausbau von Bahn-, Fuß- und
95 Radverkehr, emissionsfreie Busse, in Energiespeichertechnologien, erneuerbare Energien und
96 moderne Stadtentwicklung. Wir wollen, dass Deutschland bei den öffentlichen Investitionen im
97 Vergleich der Industrieländer vom Nachzügler zum Spitzenreiter wird und in diesem Jahrzehnt
98 pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Diese Investitionen sollen auch dem
99 Gender Budgeting unterliegen. So gelingt die sozial-ökologische Transformation, so schaffen
100 wir nachhaltigen Wohlstand und sichern die
101 Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes in einer handlungsfähigen Europäischen Union.

102 **Neustart nach der Corona-Krise**

103 Die Corona-Pandemie hat viele Unternehmen hart getroffen. Während die einen sich hoch
104 verschulden mussten, haben es andere nicht durch die Krise geschafft und mussten ihr
105 Geschäft aufgeben. Besonders hart sind Restaurants, Gaststätten, Hotels, die Tourismus- und
106 Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen und Solo-
107 Selbständige betroffen. Ein Neustart nach der Corona-Krise muss daher gezielt den besonders
108 betroffenen Branchen helfen - und zugleich ein Signal für den Richtungswechsel zur
109 Klimaneutralität setzen. Damit sichern wir Existenzen, erhalten Arbeitsplätze und setzen
110 zielgenaue konjunkturelle Impulse. Hierfür dehnen wir vor allem für kleine und mittlere
111 Unternehmen den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen attraktive und zeitlich begrenzte
112 Abschreibungsbedingungen ein und helfen kleinen und mittleren Unternehmen, sich mit
113 vereinfachten Restrukturierungsverfahren leichter neu aufzustellen, ohne Insolvenz anmelden
114 zu müssen. Falls Coronahilfen zurückgezahlt werden müssen, benötigen die Unternehmen
115 großzügige Konditionen. Für viele Selbständige können sichere Aufträge durch handlungsfähige
116 Kommunen den Neustart nach der

117 Pandemie unterstützen. Die Kunst- und Kulturbranche wollen wir unter anderem durch eine
118 abgestimmte Kulturförderpolitik stärken und eine zweite Gründungschance. In der Corona-Krise
119 wurden viele Aktiengesellschaften durch staatliche Hilfen gestützt. Mittels
120 Kurzarbeiter*innengeld, Beteiligungen oder anderer Finanzhilfen wurden die Unternehmen vor
121 der Pleite bewahrt. Für neue Hilfen muss gelten: Firmen, die Staatshilfen erhalten, dürfen
122 keine Dividenden ausschütten.

123 **Klimaschutztechnologien made in Germany**

124 Der globale Wettbewerb um die Technologien von morgen ist in vollem Gange. Made in
Germany
125 soll zukünftig nicht nur für Qualität, sondern noch stärker für nachhaltige und innovative
126 Produkte und Prozesse stehen. Digitalisierung und Klimaneutralität müssen Staat und
127 Unternehmen gemeinsam in Angriff nehmen. Während der Staat mehr öffentliche Investitionen
128 realisiert, wollen wir zugleich Anreize für mehr Investitionen durch Unternehmen setzen.
129 Dafür erweitern wir zielgerichtet die Spielräume für die Unternehmen: Investitionen sollen
130 zeitlich befristet degressiv mit mindestens 25 Prozent abgeschrieben werden können. Die
131 steuerliche Förderung von Forschung soll künftig gezielter an KMUs und Start-ups fließen,
132 ihre Wirksamkeit wollen wir evaluieren und erhöhen. Öffentliche Investitionszuschüsse sollen
133 gerade bei neuen Technologien eine Starthilfe geben; Klimaverträge helfen, dauerhafte
134 Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.

135 **Ein Gründungskapital einführen**

136 Um den Wohlstand von morgen zu sichern, brauchen wir eine neue Gründer*innenwelle. Mit
einem
137 Gründungskapital, das für Gründer*innen und Nachfolger*innen einen Einmalbetrag bis maximal
138 25.000 Euro sicherstellt, wollen wir dafür sorgen, dass keine gute Idee und kein Neustart an
139 zu wenig Eigenkapital scheitert. Bedingung ist, dass die geförderte Gründung sich an den UN-
140 Nachhaltigkeitszielen ausrichtet und eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durch Sachverständige
141 durchgeführt wird. Gründer*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein
142 Verwaltungsdickicht quälen zu müssen, sollen sie Information, Beratung und die Möglichkeit
143 zur Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle erhalten – überall in Deutschland. In den
144 ersten zwei Jahren sollen sie weitgehend von Melde- und Berichtspflichten befreit werden.
145 Frauen sind bei Gründungen und Nachfolgen noch unterrepräsentiert, sie wollen wir gezielt
146 fördern mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Frauen. Vergabe- und Auswahlgremien
147 besetzen wir paritätisch. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte abgebaut
148 werden, hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen. Bei der öffentlichen
149 Vergabe beziehen wir Start-ups besser ein und vereinfachen dafür Vergabeverfahren und Regeln
150 zur Eignungsprüfung. Wir werden die Mitarbeiterbeteiligung breiter zugänglich machen und
151 erleichtern. Immer mehr Start-ups wollen mit digitalen Lösungen das Gemeinwohl stärken. Dazu
152 integrieren wir sozial-ökologische Kriterien stärker in die bestehende
153 Gründungsfinanzierung.

154 **Fairer Wettbewerb um klimaneutrale Industrietechnologien**

155 Die energieintensiven Industrien – Stahl, Zement, Chemie – stehen für 15 Prozent des
156 deutschen CO₂-Ausstoßes. Zugleich bieten sie hunderttausende gute Arbeitsplätze und sind
157 ebenso Eckpfeiler unseres Wohlstandes. Wir wollen diese Industrien zum Technologievorreiter
158 bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen. Der Maschinenbau kann beim weltweiten
159 Einsatz grüner Technologien made in Germany eine Schlüsselrolle einnehmen. So bekämpfen
wir
160 die Klimakrise und tragen zur Sicherung des deutschen Industriestandorts bei. Damit die
161 Investitionen schon heute in auch langfristig klimaverträgliche Anlagen fließen können,
162 fördern wir mit Investitionszuschüssen und degressiven Abschreibungen direkt die
163 Transformation. Mit dem Abbau von Hürden bei der grünen Eigenstromversorgung und einem
164 zunehmenden Einsatz von grünem Wasserstoff treiben wir die Dekarbonisierung der Prozesse
165 voran. Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference), die die Differenz zwischen dem
166 aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten finanzieren, sorgen für
167 Investitionssicherheit. Und mit Quoten für den Anteil CO₂-neutraler Grundstoffe schaffen wir
168 Leitmärkte für CO₂-freie Produkte. Pilotanlagen für noch nicht marktreife emissionsarme
169 Technologien wollen wir besonders fördern. Und sofern möglich, sollte das Ziel sein, dass
170 neue Industrieanlagen bereits emissionsfrei betreibbar gebaut bzw. exportiert werden. Bei
171 der Transformation der Chemieindustrie setzen wir auf neue innovative Produkte, Prozesse und
172 Verfahren, die neben der Treibhausgasneutralität auch die Kreislaufwirtschaft fördern, die
173 Effizienz steigern, Emissionen und Abfälle von vornherein vermeiden und uns unabhängig von
174 fossilen Rohstoffen wie Erdöl oder Erdgas machen.

175 **Zukunftsfähige Automobilindustrie**

176 Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umbrüchen. Weltweit läuft der Wettbewerb um das
177 emissionsfreie und digitale Auto der Zukunft. Nach Jahren des Stillstands hat sich auch die
178 Branche in Deutschland endlich auf den Weg gemacht. Jetzt braucht es Entschlossenheit und
179 Zusammenarbeit, um zukunftsfähige Arbeitsplätze und klimagerechte Wertschöpfung in der
180 Autoindustrie zu schaffen. Die Transformation der Automobilwirtschaft hin zum wichtigen
181 Akteur für nachhaltige Mobilität ist notwendig. Der Politik kommt dabei eine zentrale Rolle
182 zu, sie muss den Rahmen setzen und den Transformationsprozess gestalten. Klar ist dabei: Der
183 Verbrennungsmotor hat keine Zukunft. Wir wollen ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos neu
184 zulassen. Zudem wollen wir auch in der Autoindustrie Standards für eine Kreislaufwirtschaft
185 und klimaneutrale Produktion sowie die Dekarbonisierung im Stahlbereich setzen, sodass der
186 ökologische Fußabdruck der Fahrzeuge immer kleiner wird. Wir unterstützen diese
187 Transformation mit Forschungs- und Innovationsförderung für alle Technologieoptionen und
188 wollen den schnellen Aufbau der Ladesäuleninfrastruktur und den Markthochlauf von
189 emissionsfreien Fahrzeugen im Rahmen eines kostenneutralen Bonus-Malus-Systems fördern.

Die

190 Potenziale neuer Mobilitätsdienstleistungen und des autonomen Fahrens für den
191 Industriestandort und auch für Klimaschutz und Verkehrssicherheit wollen wir dabei heben.
192 Zudem gilt es, die Chancen für Wertschöpfung und Arbeitsplätze der Mobilitätswende in den
193 Blick zu nehmen: von neuen Jobs im ÖPNV bis zur Fahrzeugproduktion. Wichtig ist zudem, dass
194 Deutschland und Europa schnell den Anschluss bei der Batteriezellenproduktion finden. Gerade
195 für die Batterien der nächsten Generation, die günstiger und ressourcensparender sind,
196 wollen wir in Europa eine eigene, nachhaltige Batteriezellenproduktion schaffen, zu der ein
197 wirksames Recyclingsystem gehört sowie die Forschung und Entwicklung der nächsten
198 Batteriegeneration. Dazu setzen wir auf klare Vorgaben bei den Ökostandards und ein

199 umfassendes Forschungs- und Förderprogramm. Wir wollen die besonders betroffenen
200 Autoregionen mit regionalen Transformationsdialogen und -fonds unterstützen. Damit erhalten
201 wir die Wertschöpfungskette im Mittelstand und sichern Arbeitsplätze vor Ort. Die
202 Beschäftigten der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer wollen wir mit
203 Qualifizierungsangeboten und Weiterbildung unterstützen.

204 **Europäische Halbleiterindustrie stärken**

205 Eine erfolgreiche und weitsichtige Industriepolitik wird nur dann funktionieren, wenn auch
206 gesamteuropäisch gedacht wird. Gerade mit Blick auf eine nötige sektorale Strukturförderung,
207 wie den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur, der Solarmodul- und Batteriezellfertigung
208 oder die Förderung der Halbleiterindustrie, ist eine europäische Ausrichtung entscheidend.
209 Um kritische Abhängigkeiten zu verringern, setzen wir auf europäische Kooperation mit
210 offenen Standards. Die EU-Kapazität im Bereich der Halbleitertechnologie soll wie von der
211 EU- Kommission vorgeschlagen auf 20 Prozent der weltweiten Produktion ausgebaut werden.

Das

212 gilt vor allem für die Bereiche, in denen wir bei der Halbleitertechnologie für industrielle
213 Anwendungen bereits eine starke europäische Stellung haben oder in denen eine besonders
214 dynamische zukünftige Entwicklung zu erwarten ist, wie zum Beispiel bei den erneuerbaren
215 Energien. Hierzu müssen Investitionen entlang der Halbleiter-Wertschöpfungskette erhöht
216 werden.

217 **Erneuerbare Energien made in Europe: Schlüsselbranche für den** 218 **Klimaschutz**

219 Um klimaneutral zu werden, brauchen wir vor allem eins: richtig viel erneuerbare Energien.
220 Um die Anlagen dafür bauen zu können, wollen wir nicht komplett von außereuropäischen
221 Lieferanten abhängig sein und so in die nächste Importabhängigkeit geraten. Die gute
222 Nachricht ist: Noch gibt es Hersteller von wichtigen Komponenten wie Windrädern und
223 Wechselrichtern in Europa und auch für die enorm wichtige PV-Modul-Produktion gibt es wieder
224 erste Investitionen in Produktionskapazitäten. Zahlreiche Innovationen in der Photovoltaik
225 deuten darauf hin, dass das Potenzial dieser Technologie bei weitem nicht ausgeschöpft ist.
226 Die deutsche Solarindustrie soll zur Impulsgeberin werden. Diese Entwicklung wollen wir mit
227 gezielten Investitionshilfen unterstützen.

228 **Kreislaufwirtschaft zum Standard machen, Reparatur- und** 229 **Recyclingindustrie voranbringen**

230 Müll ist ein Designfehler und eine Verschwendung wichtiger Ressourcen und Rohstoffe – die
231 endlich sind und uns abhängig machen. Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft brauchen wir eine
232 neue Rohstoffpolitik, die den Einsatz von Primärrohstoffen reduziert, fossile durch
233 nachwachsende Rohstoffe ersetzt und die globale Rohstoffgewinnung an hohe Transparenz-,
234 Sozial- und Umweltstandards bindet. Bei der Gewinnung heimischer Rohstoffe wollen wir den
235 Dialog zwischen den beteiligten Akteuren forcieren. Ob Verpackung, Gebäude, Auto oder Laptop

236 – wir schaffen die gesetzlichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Anreize dafür, dass alle
237 Produkte lange verwendet, wiederverwendet, gemeinsam genutzt, repariert und hochwertig
238 recycelt werden können. Im Ergebnis heißt das bis spätestens 2050: kein Müll mehr, Schluss
239 mit geplantem Verschleiß, dafür mehr grüne Jobs vor Ort in einer neuen europäischen
240 Reparatur- und Recyclingindustrie, die die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen und

241 Rohstoffimporten verringert. Den Weg dorthin weisen wir mit verbindlichen
242 Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten, Steuer- und Abgaberegelungen,
243 Normen und Standards und gezielten Förderprogrammen. Bis 2030 werden wir alle Güter und
244 Materialien, die auf den Markt kommen, mit einem digitalen Produktpass ausstatten, der
245 Unternehmen und Verbraucher*innen alle für sie wichtigen Informationen über Design, CO₂-
246 Fußabdruck, Reparierbarkeit und Materialien bereitstellt, die für eine klimaneutrale
247 Kreislaufwirtschaft nötig sind. Effizienter Materialeinsatz und Kreislaufwirtschaft
248 reduzieren den Energiebedarf und tragen wesentlich zum Gelingen der Energiewende bei.

249 **Forschungsergebnisse in die Praxis bringen, Gründungskultur beleben**

250 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards geforscht.

251 Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung – müssen

252 aber noch öfter in die Praxis gelangen. Die Impfstofffolge machen dabei Mut: Eine völlig
253 neue Technologie ermöglichte in Rekordzeit die Entwicklung und Produktion gleich mehrerer
254 Corona-Impfstoffe. Strukturelle Hemmnisse verhindern aber immer noch Ausgründungen. Die
255 bestehenden Förderprogramme zum Transfer in die Anwendung reichen nicht aus. Wir wollen
den

256 Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und
Entrepreneurship-

257 Ausbildungen vorantreiben. Die stille Beteiligung der öffentlichen Institutionen soll zum
258 neuen Ausgründungsstandard werden. Zudem wollen wir die Entwicklung von Impfstoffen,
259 Medikamenten und Medizinprodukten stärker fördern. Wenn sie mit einem erheblichen Anteil
260 öffentlicher Gelder erforscht und entwickelt werden, sind an die Förderung klare Bedingungen
261 bezüglich der Transparenz der Forschungskosten, fairer Preisgestaltung und weltweit
262 gerechten Zugangsmöglichkeiten zu knüpfen. Zusätzlich setzen wir uns für eine mittelfristige
263 Vereinheitlichung des Gründungs- und des Gesellschaftsrechts innerhalb des Europäischen
264 Wirtschaftsraums ein.

265 **Führungsgremien vielfältiger machen**

266 Deutschland ist vielfältig, seine Führungsetagen sind es (noch) nicht. Dabei führen diverse
267 Teams Unternehmen erfolgreicher. Die Vielfalt der deutschen Gesellschaft muss sich deshalb
268 auch dringend in den Führungs- und Entscheidungsgremien und der Wirtschaft abbilden.
Obwohl

269 Frauen mindestens gleich gut qualifiziert sind wie Männer, fehlen sie dort. Unser Ziel ist
270 und bleibt: die Hälfte der Macht den Frauen. Freiwillige Regelungen haben nichts gebracht.
271 Deshalb brauchen wir Quoten, die wirklich die kritische Masse herstellen, um zu unserem Ziel
272 von 50 Prozent Frauenanteil zu gelangen. So soll zukünftig verpflichtend mindestens ein
273 Drittel der Vorstandssitze größerer und börsennotierter Unternehmen bei Neubesetzung an
274 Frauen gehen. Um das zu erleichtern, wollen wir auch Hindernisse wie fehlende
275 Elternzeitregelungen im Aktienrecht beseitigen. Die Aufsichtsräte dieser Unternehmen sollen
276 bei Neubesetzungen verpflichtend einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent anstreben.
277 Unternehmen, die in der Hand des Bundes sind oder an denen der Bund beteiligt ist,
278 Ministerien und Behörden sollen mit klaren Plänen für paritätische Betriebsstrukturen als
279 gutes Beispiel vorangehen.

280 Karriereförderung beginnt nicht erst an der Spitze. Wir setzen uns deshalb dafür ein, in

281 Unternehmen und Organisationen Hürden für den Aufstieg von Frauen abzubauen. In
Ministerien,
282 Verwaltungen, Anstalten des öffentlichen Rechts, kommunalen Verbänden und kommunalen
283 Unternehmen werden perspektivisch ebenfalls 50 Prozent Frauen in Führungspositionen
284 angestrebt. Die Wirtschaftsförderung wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten und
285 Frauen dort, wo sie unterrepräsentiert sind, mit gezielten Maßnahmen fördern, zum Beispiel
286 durch einen staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Gründerinnen.

287 **Fachkräftemangel bekämpfen**

288 Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der Menschen im

289 erwerbsfähigen Alter um sechs Millionen schrumpfen. Gleichzeitig erfordern die Berufe der
290 Zukunft ganz neue Fähigkeiten. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich verstärken. Dem
291 wollen wir entgegenwirken. Dafür investieren wir mehr in berufliche und berufsbegleitende
292 Bildung. Die duale Berufsausbildung soll durch eine Weiterentwicklung und Modernisierung
293 insbesondere der Lehrinhalte und der Ausstattung aufgewertet werden. Die Finanzierung bedarf

294 der Anpassung. Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Wir lassen keine
295 Potenziale mehr ungenutzt: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen,
296 Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft

297 noch im Weg stehen, bauen wir ab und werden Geschlechterstereotypen entgegenwirken.
298 Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der Einführung einer Talentkarte und einer
299 schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, auch wechselseitig in
300 der EU. Allgemein wollen wir die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse beschleunigen
301 sowie das Anerkennungsverfahren kostengünstiger gestalten. Um faire Verfahren bei der
302 Anerkennung akademisch anerkannter Hochschulabschlüsse, die bisher ohne staatliche
303 Anerkennung sind, für alle zu gewährleisten, wollen wir mögliche Anpassungsbedarfe
304 überprüfen und die Anerkennungspraxis verbessern. Geflüchtete sollen die Möglichkeit zum
305 Spurwechsel bekommen, der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr
Rechtssicherheit
306 und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen Betriebe,
307 die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung geben,
bei
308 Bedarf durch konkrete Ansprechpersonen, Qualifizierung, Beratung und Begleitung.

309 **Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik**

310 Der deutsche Mittelstand ist vielfältig, innovativ und international wettbewerbsfähig. Hier
311 entstehen die Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft, er sichert Wertschöpfung in
312 den Regionen und für sie. Unsere Mittelstandspolitik setzt auf den Dreiklang aus einer
313 Verringerung bürokratischer Lasten, einer innovationsfreundlichen Steuerpolitik sowie einer
314 breitenwirksamen Forschungslandschaft. Mit schnelleren Planungen und Genehmigungen und
einer
315 effizienten, digitalen Verwaltung unterstützen wir den Mittelstand bei Innovation und
316 Transformation. Berichtspflichten sollen vereinfacht werden. Dafür sollten Vorhaben
317 ausgetestet und mit Anwender*innen aus Verwaltung und Unternehmen aller Größen
gemeinsam

318 verbessert werden. Dafür ist die konsequente Anwendung und Verbesserung sogenannter KMU-
319 Tests auf nationaler und europäischer Ebene ebenso erforderlich wie der Ausbau
320 innovationsorientierter öffentlicher Beschaffung. Zur Entlastung und Förderung der Solo-
321 Selbständigen
322 und Kleinunternehmen wird die Gewinngrenze für die Buchführungspflicht angehoben. Wir
323 setzen uns für gute Bedingungen für kleine Betriebe und Selbständige ein, damit sie im
324 Wettbewerb faire Chancen erhalten. Förderprogramme und Investitionszuschüsse wollen wir
325 nachhaltig ausgestalten und dafür sorgen, dass sie vor allem KMUs zugutekommen. Dafür sollen
326 sie deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Außerdem sollen passgenaue
327 Beratungen für Klimaschutz und Digitalisierung gefördert werden, auch über längere
328 Zeiträume. Die Förderung regionaler Innovationsökosysteme aus Hochschulen, Mittelstand und
329 Zivilgesellschaft wollen wir durch die Gründung einer eigenständigen Innovationsagentur
330 (D.Innova) konsequent stärken. Ausgerichtet an den globalen Nachhaltigkeitszielen soll die
331 D.Innova solche Innovationsnetzwerke systematisch, proaktiv und flexibel fördern – von
332 Aachen bis Anklam, von Flensburg bis Füssen. Wir wollen die regionale Wirtschaft mit den vor
333 Ort agierenden Unternehmen, Wertschöpfungsketten und Produkten stärken und setzen auf klar
334 definierte
335 regionale Kennzeichnungen und Förderkonzepte.

336 **Bezahlbare Mieten für kleine und mittlere Unternehmen**

337 Mit der Immobilienspekulation sind in den Städten vielfach auch die Gewerbemieten
338 wirtschaftlich unverträglich angestiegen und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht.
339 Viele kleine Händler*innen und Gewerbetreibende werden verdrängt. Wir wollen, dass kleine
340 und mittlere Unternehmen, genau wie soziale Einrichtungen, dauerhaft einen verbesserten
341 Kündigungsschutz bekommen und mehr Rechte, befristete Mietverträge zu angemessenen
342 Bedingungen zu verlängern. Darüber hinaus streben wir die Einführung einer
343 Gewerbemietpreiskontrolle an, die in Städten mit angespanntem Gewerberaummarkt die
344 Begrenzung
345 von Gewerbemieten erlaubt.

346 **Wettbewerbsrecht für das 21. Jahrhundert**

347
348 Ein starkes Wettbewerbsrecht ist die Voraussetzung für faire Wirtschaftsbeziehungen,
349 verhindert Monopole und schützt die Verbraucher*innen. Im Wettbewerb dürfen auch der
350 Umweltschutz und soziale Standards nicht zum Kollateralschaden werden. Deshalb wollen wir
351 die nationalen Regeln zu unlauterem Wettbewerb so anpassen, dass ein Verstoß gegen Umwelt-
352 und Sozialstandards als unlauterer Wettbewerb verfolgt werden kann. Zudem wollen wir
353 erreichen, dass Umweltschutzaspekte grundsätzlich im Rahmen von deutschen und
354 europäischen
355 Fusionskontrollverfahren berücksichtigt werden. Den Verbraucherschutz wollen wir zu einem
356 Zweck des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen machen und seine behördliche
357 Durchsetzung
358 effektiv stärken. Das umstrittene Ministererlaubnisverfahren im Rahmen von Fusionskontrollen
359 wollen wir so anpassen, dass Verfahrensgegner*innen wieder ihre vollständigen

358 Klagemöglichkeiten erhalten. Datenschutzbehörden sollen bei der Zusammenschlusskontrolle
des
359 Bundeskartellamts konsultiert und ihre Stellungnahmen bei der Entscheidung über eine Fusion
360 berücksichtigt werden.

361 **Zukunftsfähigkeit eines starken Handwerks sichern**

362 Das Handwerk ist in unserem Alltag überall präsent und unverzichtbar. Es zeichnet sich durch
363 eine große Heterogenität aus: vom Heizungsinstallateurbetrieb bis zur Bäckerei, vom
364 mittelständischen Unternehmen mit hunderten Beschäftigten bis zum Kleinstbetrieb. Es ist
365 einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Deutschland. Das Handwerk bietet in einer
366 nachhaltigen Wirtschaft krisensichere Arbeitsplätze und trägt entscheidend zur ökologischen
367 Wende bei. Es bietet auch im ländlichen Raum jungen Menschen eine Perspektive. Gerade für
368 sie liegen in der ökologischen Transformation riesige Chancen – von der Gebäudesanierung bis
369 zum Heizungstausch. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die gezielte

370 Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern.
Oberstes

371 Ziel ist der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. In verschiedenen Bereichen wie
372 dem Gebäudebereich bedarf es auch der deutlichen Aufstockung der Anzahl der Aus- und
373 Weitergebildeten. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf eine
374 stärkere Tarifbindung, branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von
375 beruflicher und akademischer Ausbildung. Die Durchlässigkeit vom Studium zum Handwerk und
376 zurück sollte selbstverständlich werden, genauso wie internationaler Austausch und Zugang zu
377 Stipendien.

378 **Kultur schafft Wohlstand**

379 Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine der am meisten unterschätzten Branchen in
380 Deutschland. Vor Corona erzielten die über 1,2 Millionen Kreativen und Kulturschaffenden
381 allein im Jahr 2019 einen Umsatz von knapp 180 Milliarden Euro – mehr als beispielsweise die
382 chemische Industrie oder Finanzdienstleister. Doch die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
383 durch die Corona-Krise existenziell bedroht, besonders auch kleinere Betriebe wie
384 unabhängige Verlage, Privattheater, Programmkinos, kleine Clubs und Veranstaltungsorte. Nur
385 mit gezieltem Schutz und verbesserter Förderung werden wir große Teile unseres kulturellen
386 Lebens vor dem Wegbrechen retten können. Wir erweitern den Innovationsbegriff in den
387 Programmen zur Existenzgründungsförderung, sodass davon auch die Kultur- und
388 Kreativwirtschaft profitiert. Förderprogramme schneiden wir spezifisch auf die Bedürfnisse
389 der Kultur- und Kreativwirtschaft zu und wir bauen die Gründungsförderung aus der
390 Arbeitslosigkeit bedarfsgerecht aus.

391 **Der Tourismuswirtschaft nachhaltig auf die Beine helfen**

392 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und millionenfache
393 Arbeitgeberin – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Wir wollen ihr wieder auf die
394 Beine helfen und zugleich den Nach-Corona-Tourismus klimaschonender, ökologischer und sozial
395 nachhaltiger gestalten. Ein ökologisch und sozial blinder Massentourismus mit
396 klimaschädlichen Kreuzfahrtschiffen, endloser Müllproduktion und riesigem
397 Ressourcenverbrauch hat keine Zukunft. Im Gegenteil, die Kreuzschiffahrt muss endlich ihren

398 Beitrag leisten über neue Antriebe, die Verwendung von Landstrom und bessere
399 Umweltstandards. In einem nachhaltigen Tourismus liegen hingegen riesige Chancen.
400 Nachhaltigen oder sanften Tourismus wollen wir gerade in ländlichen Regionen gezielt
401 entwickeln, zum Beispiel durch den Ausbau touristischer Rad- und Wasserwege. Mit einem
402 Shelter-System wie in Dänemark wollen wir Natur für alle erlebbar machen. Zugleich sollen
403 Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturschutzgebiete durch einen regulierten Tourismus
404 nachhaltig geschützt werden. Die Bahn soll zum Tourismus-Reisemittel Nummer 1 werden –
durch
405 ein europäisches Nachtzugnetz und die gezielte Anbindung touristischer Regionen an das
406 Bahnnetz. So kann der Tourismus dabei mithelfen, eine Welt zu erhalten, die es sich auch in
407 Zukunft noch zu bereisen lohnt.

408 **Wir geben dem Markt einen sozial-ökologischen Rahmen**

409 **Wohlstand und unternehmerischen Erfolg neu bemessen**

410 Wohlstand definiert sich nicht allein durch Wachstum des BIP, sondern lässt sich viel
411 breiter als Lebensqualität verstehen. Wir wollen den Erfolg Deutschlands und der Unternehmen
412 neben ökonomischen auch anhand inklusiver, sozialer, ökologischer und gesellschaftlicher
413 Kriterien messen und die politischen Leitplanken wie Anreize und Wirtschaftsförderung
414 entsprechend neu ausrichten. Dafür soll in Zukunft gemeinsam mit dem
415 Jahreswirtschaftsbericht ein Jahreswohlstandsbericht veröffentlicht werden. Dieser
416 berücksichtigt dann zum Beispiel auch den Beitrag des Naturschutzes, einer gerechten
417 Einkommensverteilung oder auch guter Bildung zum Wohlstand unserer Gesellschaft.
418 Entsprechend ändern wir die Erfolgsmessung auf Unternehmensebene und ergänzen die
419 Bilanzierungsregeln um soziale und ökologische Werte, wie beispielsweise ihre
420 Treibhausemissionen, und setzen uns auch bei internationalen Vorschriften dafür ein. So
421 erreichen wir endlich einheitliche Regelungen für die Messung von nachhaltigem
422 unternehmerischem Erfolg und leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass im Wettbewerb
423 Nachhaltigkeit nicht mehr wie heute eher bestraft, sondern positiv angereizt wird.

424 **Den europäischen Green Deal ambitioniert gestalten**

425 Mit dem Europäischen Green Deal hat die EU-Kommission ein Programm vorgelegt, um die
426 Europäische Union zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Es umfasst
427 Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz sowie für eine gestärkte
428 Wettbewerbsfähigkeit, Energiesicherheit und Innovationsdynamik einer dekarbonisierten
429 europäischen Wirtschaft. Wir setzen uns für eine ambitionierte Ausgestaltung und eine
430 ehrgeizige Umsetzung auf allen Ebenen ein. Wir machen weiter Druck, damit die ökologische
431 Wende dazu beiträgt, Ungleichheit zu verringern. Dafür wollen wir den Just Transition Fund
432 aufstocken und ausbauen. In der Landwirtschaftspolitik kämpfen wir dafür, dass die Reform
433 der Gemeinsamen Agrarpolitik und ihre Umsetzung unter die Ziele des Green Deal und des
434 Pariser Klimaabkommens gestellt werden, da sie immense Auswirkungen auf Umwelt- und
435 Artenschutz
436 entfalten. In der Handelspolitik wollen wir Umwelt- und Sozialkapitel von zukünftigen
437 Handelsverträgen rechtsverbindlich und sanktionierbar machen.

438 **Die Macht des EU-Binnenmarkts für die Transformation nutzen**

439 Der EU-Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen Wettbewerb auf seinen
440 hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und Gesundheitsschutz
441 sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards wollen wir im Sinne einer
442 sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und ausbauen, denn sie stärken
443 die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die Ausnutzung von Skaleneffekten und
444 begünstigen den internationalen Handel. Um die Digitalisierung zu gestalten, müssen wir
445 Dienstleistungen von Plattformen und ihre Marktmacht regulieren. Plattformen müssen
446 verpflichtet werden, europäische Qualitäts- und Sicherheitsstandards auch im Online-Handel
447 zu gewährleisten. Die globale Lenkungswirkung des Binnenmarkts wollen wir steigern, indem
448 wir sicherstellen, dass Unternehmen auf dem europäischen Markt auch international
449 Verantwortung für ihre Produktions- und Vertriebsweise entlang der gesamten
450 Wertschöpfungskette übernehmen. Die Handlungsspielräume von Kommunen in der
Europäischen
451 Union wollen wir ausbauen und die Daseinsvorsorge vor Liberalisierungsdruck schützen.

452 **Sozialunternehmen und Genossenschaften stärken**

453 Wir wollen die Bereiche der Wirtschaft stärken, in denen langfristige Nachhaltigkeit mehr
454 zählt als kurzfristige Rendite, und die oft auch einen Beitrag zur Demokratisierung der
455 Wirtschaft leisten. Wir unterstützen daher einerseits Genossenschaften, da sie krisenfester
456 und gemeinwohlorientierter als andere Rechtsformen sind. Andererseits fördern wir
457 Sozialunternehmen, weil sie gesellschaftliche Anliegen mit unternehmerischem Handeln direkt
458 mit sozial-ökologischen Zielen verbinden. Und wir begrüßen das Konzept der
459 Gemeinwohlökonomie, weil es die Idee des Gemeinwohls in die privatwirtschaftliche Breite
460 trägt. Wir schaffen zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente und wollen die Programme
461 der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten. Unser Ziel ist eine
462 Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierter und am
463 Gemeinwohl orientierter Unternehmen. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen für ihr
464 Wirtschaften systematisch verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen. Den
465 Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn,
466 sondern auch von sozial-ökologischen Wirkungskriterien abhängig machen. Nicht genutzte
467 Guthaben auf verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbensprüche vorhanden sind – für
468 einen Fonds nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert.

469 **Neue Formen für nachhaltiges Unternehmertum**

470 Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für Verantwortungseigentum ein.
471 Immer mehr Unternehmer*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell
konsumierbares
472 Vermögen. Sie wollen, dass ihr Unternehmen nicht dem kurzfristigen Shareholder-Value dient,
473 sondern langfristig ausgerichtet und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Dafür brauchen sie
474 eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen
ermöglicht.
475 Gewinne werden reinvestiert oder gespendet. Die Stimmrechte können von den Beschäftigten
im
476 Kollektiv oder von Einzelnen treuhänderisch gehalten werden – sie werden nicht an den/die
477 Meistbietende*n verkauft, sondern ähnlich wie in anwaltlichen Partnerschaften, immer an
478 aktiv mit dem Unternehmen verbundene Personen weitergegeben.

479 **Wir bringen die Digitalisierung voran**

480 **Eine europäische Cloud-Infrastruktur**

481 Daten sind eine Schlüsselressource der digitalen Welt, insbesondere für Anwendungen der
482 Künstlichen Intelligenz. Gerade im industriellen Bereich wollen wir neue Ansätze schaffen,
483 um eine gemeinsame, freiwillige Nutzung sowohl von nicht personenbezogenen als auch von
484 personenbezogenen, aber anonymisierten Daten, zum Beispiel aus Entwicklungs- und
485 Fertigungsprozessen, zu verbessern und rechtssicher zu gestalten. Davon profitiert vor allem
486 der Mittelstand. Hierfür braucht es klare gesetzliche Spielregeln für kooperative und
487 dezentrale Datenpools und Datentreuhandmodelle wie zum Beispiel Datengenossenschaften,
die
488 eine gemeinsame und durch Kartellbehörden überprüfbare Nutzung dieser Daten ermöglichen.
Wir
489 wollen eigene europäische Standards und Regeln setzen. Die eigene kritische Infrastruktur
490 wollen wir schützen und eine gemeinsame europäische Cloud-Infrastruktur auf Basis von Open-
491 Source-Technologien realisieren. Europa muss in eigene Expertise im Bereich der Verarbeitung
492 großer Datenmengen für Künstliche Intelligenz investieren.

493 **Hightech-Standort ausbauen**

494 Die rasante Entwicklung des Corona-Impfstoffs von Wissenschaftler*innen und
495 Unternehmer*innen aus Mainz hat gezeigt, welche Innovationskraft in unserer Forschungs- und
496 Unternehmenslandschaft steckt. Eine Innovationskraft, die der Staat mit Tempo und
497 entschlossenen Investitionen unterstützen muss. Vor allem die Bereiche Künstliche
498 Intelligenz (KI), Quantencomputing-, IT-Sicherheits-, Kommunikations- und Biotechnologie
499 oder auch die weitere Entwicklung von ökologischen Batteriezellen wollen wir besonders
500 fördern, damit wir unsere technologische Souveränität sichern können und in der weltweiten
501 Konkurrenz vorne mitspielen. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, die ökologischen
502 und sozialen Potenziale der Technologien zu heben. So verbessern Innovationen die
503 Lebensbedingungen der Menschheit und sichern den Wohlstand von morgen. Dafür benötigen
wir
504 auch privates Risikokapital, das wir durch staatliche Fonds stark hebeln wollen. Um im
505 internationalen Standort-Wettbewerb mithalten zu können, bedarf es einer starken
506 europäischen Vernetzung von Spitzenforschung. Wir investieren in Spitzenforschung und die
507 Bildung von Clustern in diesen Bereichen. Wir wollen bereits heute den Grundstein legen für
508 die europäische Souveränität in weiteren Trends der KI, etwa mit der Unterstützung eines
509 europäischen Ökosystems für das Erproben von allgemeiner Künstlicher Intelligenz
510 („Artificial General Intelligence“). Den Hightech-Standort auszubauen, heißt aber auch, die
511 dringend benötigten Talente anzuziehen. In der Forschung bedeutet das angemessene
512 Finanzierung.

513 **Start-up-Wagniskapital eine Richtung geben**

514 Wir müssen nicht nur technologisch exzellent sein, sondern bahnbrechende Technologien auch
515 in neue Geschäftsmodelle, Märkte, Dienstleistungen und Produkte umwandeln können.
516 Fördermöglichkeiten und Netzwerke für Start-ups und junge Unternehmen auf nationaler und
517 europäischer Ebene können den Unterschied zwischen einer guten Idee auf dem Flipchart und
518 einem weltweit erfolgreichen Unternehmen ausmachen. Ein staatlicher Wagniskapitalfonds kann

519 helfen, unseren Gründer*innen dauerhaft eine Heimat zu geben. Wir fordern, noch mehr und
520 noch schneller zu investieren. Dieser Zukunftsfonds soll verstreute Förderangebote bündeln
521 und ein Vielfaches an privaten Geldern hebeln. Gleichzeitig sollte auch ein funktionierender
522 Sekundärmarkt für Direktinvestitionen und Anteile an Wagniskapitalfonds aufgebaut werden,
523 etwa durch eine Co-Investing-Plattform. Die Mission des Zukunftsfonds ist Nachhaltigkeit. Er
524 finanziert insbesondere Projekte in Bereichen wie Greentech, Künstlicher Intelligenz,
525 nachhaltiger Mobilität, Bioökonomie und Zirkulärwirtschaft, die wegen ihres Risikoprofils
526 keine einfache Finanzierung am Markt bekommen. Wir wollen Finanzierungsformen gezielt für
527 Gründungen von Start-ups der Green Economy anpassen und Barrieren beim Zugang zu
Aufträgen
528 der öffentlichen Beschaffung abbauen. Regionale Greentech-Hubs wollen wir fördern, um die
529 Zusammenarbeit zwischen Start-ups und etablierten Unternehmen zu erleichtern.

530 **Internetgiganten regulieren**

531 Wir setzen uns für einen funktionierenden und fairen Wettbewerb auf digitalen Märkten ein.
532 Durch übermäßige Marktmacht einzelner Internet- und Techgiganten wird dieser eingeschränkt
533 oder gar aufgehoben. Relevante Erwerbsvorgänge von Tech-Konzernen sollten durch das
534 Bundeskartellamt geprüft werden, um den strategischen Aufkauf von aufkeimender Konkurrenz
535 („Killer Acquisitions“) zu verhindern. Dabei sollten Datenschutzbehörden eine Gelegenheit
536 zur Stellungnahme erhalten. Die Interoperabilität ihrer Software und ihrer digitalen Dienste
537 sowie Datenportabilität und offene Schnittstellen sind wo immer möglich von bereits
538 marktbeherrschenden Unternehmen verpflichtend zu gewährleisten. Wir setzen uns für eine
539 dementsprechend ambitionierte Umsetzung des Digital Markets Act auf europäischer Ebene ein.

540 Unter dem Dach eines eigenständigen europäischen Kartellamts wollen wir deshalb eine
541 europäische Digitalaufsicht etablieren, die als Frühwarnsystem fungiert und
542 sanktionsbewährte Kooperations- sowie Transparenzpflichten aussprechen kann. Unternehmen
543 sollen auch unabhängig von einem Missbrauch aufgespalten werden können, wenn ihre
Marktmacht
544 zu groß wird oder bereits zu groß ist.

545 **Geschlechtervielfalt in der Digitalwirtschaft**

546 Alle sollen an der Gestaltung der digitalen Transformation beteiligt sein und ihre
547 Potenziale einbringen können. Deshalb werden wir eine Strategie „Frauen in der
548 Digitalisierung“ vorlegen und umsetzen. Mädchen sollen schon in der Grundschule für
549 Digitalthemen begeistert werden und ohne Technikgenderstereotype aufwachsen. Wir brauchen
550 eine geschlechtersensible Lehre, die gezielte Ansprache von Frauen für MINT-Studiengänge und
551 Ausbildungsberufe sowie mehr Frauen in den Gremien, wo diese Richtungsentscheidungen
552 getroffen werden. Darüber hinaus fördern wir familiengerechte Ausbildungswege für Frauen mit
553 anderem beruflichem Hintergrund als Zugang zur Digitalbranche. In der Digitalbranche ist ein
554 Kulturwandel erforderlich, auch um unser volles Innovationspotenzial auszuschöpfen.
555 Freiwillige und verpflichtende Maßnahmen für die Unternehmen sind notwendig, um
556 diskriminierungsfreie Arbeitsplätze und einen gleichberechtigten Zugang zu
557 Gestaltungspositionen in der digitalen Transformation zu ermöglichen. Bei der Vergabe von
558 Fördermitteln und öffentlichen Investitionen muss der Frauenanteil einer Organisation bzw.
559 eines Start-ups berücksichtigt werden. Für staatliche Institutionen soll Diversität ein
560 Leitprinzip für alle Digitalstrategien sein.

561 **Transparente Algorithmen**

562 Datenverarbeitende und algorithmische Entscheidungssysteme haben das Potenzial, neues
563 Wissen
564 zu generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Datengetriebene Systeme sind
565 nicht neutral, da sie ein Produkt ihrer zugrunde liegenden Daten sind und somit
566 diskriminierend und vorurteilsbehaftet sein können. Wir wollen daher Qualitätskriterien
567 sowie die europäischen Anstrengungen für Transparenz und Überprüfbarkeit vorantreiben, damit
568 algorithmische Entscheidungssysteme nicht diskriminierend wirken. Wir setzen uns ein für
569 einen nach Risiken abgestuften europäischen Ordnungsrahmen für den Einsatz automatischer
570 Systeme, klare Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz, zum Arbeitsrecht und zur
571 Datenqualität, um Kontrolle und Haftung, aber auch Rechtssicherheit für betroffene Betriebe
572 zu ermöglichen. Hier wollen wir verstärkt gleiche Standards auf europäischer Ebene
573 definieren und umsetzen. Für eine öffentliche Kontrolle dieser Regeln müssen Behörden gut
574 geschult und technisch dementsprechend aufgestellt sein. Das bedeutet auch eine
575 Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes sowie strenge Kriterien für den
576 Einsatz von algorithmischen und automatischen Entscheidungen, insbesondere in der
577 öffentlichen Verwaltung. Auch Plattformanbieter müssen ihre automatisierten Entscheidungen,
578 Vergleiche oder Preise transparent machen und erklären können.

578 **IT-Sicherheit als Standortfaktor**

579 Gute IT-Sicherheit und klare rechtsstaatliche Standards sichern Grundrechte und sind die
580 Voraussetzung, damit der digitale Wandel gelingt. Der Staat bleibt in der Pflicht, diese zu
581 gewähren. Gerade die kritische Infrastruktur wie beispielsweise unsere Stromnetze muss
582 besonders geschützt werden. Gute IT-Sicherheit ist längst auch ein wichtiger Standortfaktor.
583 Wer digital souverän sein will, muss entsprechend handeln und darf die Sicherheit aller
584 nicht unterlaufen. Ein effektiver und moderner Datenschutz schützt die Menschenwürde und
585 nimmt verstärkt auch die Gesellschaft in Gänze in den Blick, um die Abwehr auch
586 überindividueller Risiken kollektiv zu gestalten. Wir setzen Anreize für guten Datenschutz
587 und beste IT-Sicherheit, wollen innovative, technische Ansätze zum effektiven Schutz der
588 Privatsphäre ausbauen und Auditierungen und europäisch einheitliche Zertifizierungen
589 vorantreiben. Vor allem KMUs sollen sehr viel stärker durch ein dezentrales und unabhängiges
590 IT-Beratungsnetzwerk unterstützt werden. Der Staat selbst muss mit gutem Beispiel
591 vorangehen, die wichtige Arbeit der Aufsichtsbehörden stärker unterstützen sowie ihre
592 Kooperation im föderalen und europäischen Zusammenspiel verbessern, bis hin zur
593 gemeinsamen
594 Aufgabenwahrnehmung und Durchsetzung. Die Unabhängigkeit des BSI stärken wir. Bei
595 staatlichen IT-Projekten muss IT-Sicherheit von Anfang an mitgedacht und implementiert
596 werden. Zudem wollen wir die Entwicklung sicherer Hardware gezielt fördern. Im Sinne der
597 Nachhaltigkeit digitaler Produkte führen wir eine Verpflichtung zu einer angemessenen,
598 risikoorientierten und benutzerfreundlichen Bereitstellung von Sicherheitsupdates ein. Beim
599 Ausbau digitaler Infrastrukturen, wie zum Beispiel 5G, wollen wir die Integrität unserer
600 kritischen Infrastruktur, die digitale Souveränität Europas und die Einhaltung der
601 Menschenrechte wie das Recht auf Privatsphäre sicherstellen. Dafür sind einerseits höchste
602 IT-Sicherheitsstandards für Komponenten in digitalen Infrastrukturen nötig. Andererseits
603 wollen wir die technologische Unabhängigkeit Europas durch verstärkte Eigenentwicklungen

und

603 produktionen, durch vielfältige digitale Ökosysteme und offene Standards stärken. Um
604 Gefahrenlagen konkret bewerten zu können, müssen neben technischen auch rechtliche,
605 rechtsstaatliche, sicherheitsrelevante und geostrategische Aspekte in die Prüfung einbezogen
606 werden. Eine Beteiligung von nicht vertrauenswürdigen Unternehmen, insbesondere aus
607 autoritären Staaten, an kritischer Infrastruktur lehnen wir ab.

608 **Wir kämpfen für einen fairen und nachhaltigen Handel**

609 **Neustart für gute Handelsverträge**

610 Handel ist eine wichtige Grundlage unseres Wohlstandes: Fairer Handel trägt zur Vertiefung
611 internationaler Partnerschaften und damit auch zu einer sicheren Welt bei. Gerade in Zeiten,
612 die zunehmend unter den Vorzeichen eines Systemwettbewerbs zwischen demokratischen und
613 autoritären Staaten stehen, setzen wir auf eine proaktive Handelspolitik. Wir wollen einen
614 multilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen dienen,
615 die
615 Umwelt- und Klimaschutz sowie die Einhaltung der Menschenrechte einfordern und die
616 Beziehungen mit unseren Partner*innen im Einsatz für Demokratie und Freiheit stärken. Eine
617 Zersplitterung von Handelsbeziehungen erschwert ein internationales Miteinander. Eine
618 nachhaltig und fair reformierte Welthandelsorganisation (WTO) muss zu einer echten globalen
619 Partnerschaft beitragen. In einem ersten Schritt wollen wir die WTO-Berufungsinstanz zur
620 Streitbeilegung wiederbeleben, um die Multiplizierung von Handelskonflikten nach dem Recht
621 des Stärkeren einzudämmen. Die Chance, mit der neuen US-Administration die Handelskonflikte
622 beizulegen und einen transatlantischen Markt für klimaneutrale Produkte zu schaffen, wollen
623 wir ergreifen. Abkommen mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt oder die
624 Ernährungssouveränität wie das EU-Mercosur-Abkommen mit lateinamerikanischen Staaten
625 lehnen
625 wir ab. Die Europäische Union kann aufgrund des großen gemeinsamen Binnenmarktes
626 selbstbewusst in Handelsverhandlungen gehen. Europäische Handelsverträge müssen
627 verbindliche
627 und durchsetzbare Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards enthalten und
628 Marktöffnungen
628 im Dienstleistungsbereich
629 grundsätzlich nur in Positivlisten regeln. Dazu zählt, das Pariser Klimaschutzabkommen sowie
630 ILO-Kernarbeitsnormen zur Bedingung und einklagbar zu machen. Das europäische
631 Vorsorgeprinzip ist stets zu wahren. Gute Handelspolitik muss die kommunale Daseinsvorsorge
632 und die Möglichkeit der Rekommunalisierung ausreichend schützen. Handelsabkommen sollten
633 nicht nur Rechte für Unternehmen, sondern auch ihre Pflichten regeln. Deshalb setzen wir uns
634 für einen multilateralen Handelsgerichtshof bei den Vereinten Nationen ein, der beides
635 abdeckt. Internationale Konzerne dürfen durch Handels- und Investitionsklagen nicht noch
636 mächtiger werden, daher lehnen wir Klageprivilegien oder eine Sonderjustiz für ausländische
637 Investor*innen ab. Wir wollen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten aus dem vollkommen aus
638 der Zeit gefallenen Energiecharta-Vertrag aussteigen, auch um die Ziele des Green Deal der
639 EU nicht zu gefährden. Wir lehnen Handelsabkommen ab, die Klima, Umwelt und
640 Verbraucher*innen nicht ausreichend schützen. Das CETA-Abkommen werden wir deshalb in
seiner

641 jetzigen Fassung nicht ratifizieren. Wir werden so sicherstellen, dass die gefährlichen
642 Investor-Staat-
643 Schiedsgerichte nicht zur Anwendung kommen. Auch an den derzeit vorläufig angewendeten
644 Teilen von CETA üben wir erhebliche Kritik. Wir wollen das Abkommen gemeinsam mit Kanada
645 weiterentwickeln und dadurch neu ausrichten. Wir wollen insbesondere die demokratische
646 Kontrolle bei der regulatorischen Kooperation verbessern. Hier muss das Europaparlament
647 künftig besser eingebunden werden. Zudem braucht es stärkere Regelungen zu Umwelt-, Klima-
648 und Verbraucherschutz und die Sicherung des europäischen Vorsorgeprinzips. Das EU-China-
649 Investitionsabkommen, das maßgeblich von der deutschen Bundesregierung vorangetrieben
wurde,
650 ist in den Bereichen Level Playing Field und Menschenrechte unzureichend. Wir können ihm in
651 seiner jetzigen Form nicht zustimmen.

652 **Aktive Außenwirtschaftspolitik und fairer Wettbewerb**

653 Um legitime Sicherheitsinteressen zu schützen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle
654 Marktteilnehmer*innen durchzusetzen, muss die EU reagieren, wenn aus Drittländern mit
655 unfairen Mitteln auf dem EU-Binnenmarkt agiert wird, sowie eine aktive
656 Außenwirtschaftspolitik betreiben. Anti-Dumping- und Anti-Subventions-Instrumente müssen
657 weiterentwickelt werden, um ein Level Playing Field auf globalen Märkten zu erreichen. Die
658 Anti-Dumping-Regeln müssen noch stärker als bisher auch bei Dumping durch niedrige
659 ökologische und soziale Standards anwendbar sein. Durch eine Reform
660 des EU-Beihilferechts können Wettbewerbsverzerrungen durch staatlich geförderte Konzerne
aus
661 anderen Weltregionen verhindert werden. Der EU-Prüfmechanismus für ausländische
662 Direktinvestitionen muss verbessert werden, um zu verhindern, dass europäische Unternehmen
663 von hochsubventionierten ausländischen Firmen übernommen werden, und ein neues EU-
Instrument
664 gegen wirtschaftlichen Zwang soll der EU helfen sich gegen rechtswidrigen ökonomischen Druck
665 von außen zu wehren. Die deutsche Außenwirtschaftsförderung und ihre Instrumente müssen in
666 Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions unterstützen, die
667 beispielsweise Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Dazu müssen
668 sie konsequent am 1,5-Grad-Ziel, an der Agenda für nachhaltige Entwicklung und an
669 Menschenrechten ausgerichtet werden. Mit der EU-Kommission setzen wir uns für einen
670 Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit ambitionierter Klimaschutz nicht zum
671 Wettbewerbsnachteil wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU mit den Einnahmen aus
672 diesem Grenzausgleich auch ärmere Handelspartnerländer bei der Dekarbonisierung
unterstützt.

673 **Fairer Handel für eine nachhaltige Entwicklung im globalen Süden**

674 Die Entwicklungschancen der Länder des globalen Südens sind stark davon abhängig, wie fair
675 die Handelspolitik gestaltet wird. Fairer Handel muss zum Standard werden, auch um
676 postkoloniale Kontinuitäten zu durchbrechen. Dieser muss sich am Pariser Klimaabkommen, an
677 der Agenda für nachhaltige Entwicklung sowie an den UN-Kernmensenrechtsverträgen

678 orientieren. Bestehende Fair-Handels-Initiativen müssen gefördert werden. Es braucht im
 679 Sinne einer nachhaltigen globalen Strukturpolitik dringend eine gerechte Handelspolitik mit
 680 den Ländern des globalen Südens, die regionale Wertschöpfung, regionalen Handel und
 681 Integration fördert und ihnen genügend Raum lässt, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu
 682 schützen sowie durch Exportsteuern die Ausfuhr heimischer Rohstoffe zu beschränken. So wird
 683 der Aufbau heimischer Industrien gefördert. Zölle für Länder des globalen Südens auf
 684 verarbeitete Produkte sollen gesenkt bzw. abgeschafft werden. Eine Instrumentalisierung der
 685 Entwicklungszusammenarbeit zur Flüchtlingsabwehr lehnen wir ab.

686 **Lieferkettengesetz europäisch umsetzen**

687 Viel zu oft kaufen wir Dinge, deren Herstellung auf dem Raubbau an Mensch und Natur basiert,
 688 obwohl wir das gar nicht wollen. Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards,
 689 Menschenrechte sowie Klima- und Artenschutz entlang der gesamten internationalen
 690 Wertschöpfungskette durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames
 691 Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene. Zudem schafft ein solcher
 692 verbindlicher Rahmen gleiche Wettbewerbsbedingungen am Markt und er schafft
 693 Rechtssicherheit. Den Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung dar,
 694 auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können.

695 Nachbesserungen am deutschen Lieferkettengesetz sind dringend notwendig, zum Beispiel eine

696 Ausweitung der erfassten Unternehmen, aber auch eine Erweiterung der umweltbezogenen
 697 Sorgfaltspflichten. Darüber hinaus setzen wir uns auch auf europäischer Ebene für eine
 698 ambitionierte, verbindliche Regelung in internationalen Lieferketten ein. Waren, deren
 699 Herstellung mit schweren
 700 Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel Kinder- oder Zwangsarbeit im Zusammenhang
 701 steht, soll der Zugang zum EU-Binnenmarkt verwehrt werden. Auf EU-Ebene werden wir uns
 zudem
 702 für einen Importstopp für Agrarprodukte einsetzen, die im Zusammenhang mit illegaler
 703 Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen wie Vertreibung stehen. Weltweit wird Wald,
 704 insbesondere so wichtiger Tropen-, Ur- und Mangrovenwald, mit fortschreitender
 705 Geschwindigkeit abgeholzt und abgebrannt – vor allem für die agrarindustrielle Produktion
 706 wie den Anbau von Soja und Palmöl, für Bergbau oder Holzeinschlag. Ein Großteil der Güter
 707 wird in die EU importiert. Die EU-Holzhandelsverordnung wollen wir stärken, die Verwendung
 708 von Soja und Palmöl als Kraftstoff jetzt stoppen und Strategien zur Reduktion von Palmöl und
 709 Soja in anderen Bereichen voranbringen. Wir schützen hier und weltweit den Wald, fördern die
 710 Wiederbewaldung und Renaturierung zerstörter Flächen und wollen dazu Verträge und
 711 Partnerschaften mit entsprechenden Ländern schließen. Wir setzen uns zudem für
 712 gentechnikfreie Lieferketten ein. Auf internationaler Ebene muss die Erarbeitung eines
 713 rechtsverbindlichen UN-Abkommens zu Wirtschaft und Menschenrechten (Binding Treaty)
 714 vorangetrieben werden.

715 **Wir machen die Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger**

716 **Grüne Finanzmärkte**

717 Im Kampf gegen die Klimakrise und beim sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft spielt
 718 das Finanzsystem eine bedeutende Rolle. Noch immer werden Milliarden in fossile Energien und

719 Geschäftsmodelle, die auf der Zerstörung der Ökosysteme und der Verletzung der
720 Menschenrechte aufbauen – und damit gegen unsere Zukunft –, investiert. Wir werden
721 durchsetzen, dass sich die öffentliche Hand vollständig aus diesen Investitionen
722 zurückzieht, wenn weiterhin keine verlässlichen
723 Schritte für eine nachhaltige Transformation der dahinterstehenden Unternehmen eingeleitet
724 werden. Öffentlich-rechtliche Banken, Versicherer und Pensionsfonds sowie der Bund als
725 Investor und Miteigentümer von Unternehmen müssen eine Vorreiterrolle bei der grünen
726 Finanzwende und der Transformationsfinanzierung einnehmen. Klima- und Umweltrisiken sollen
727 offengelegt und bei Banken und Versicherungen mit Eigenkapital unterlegt werden sowie bei
728 Ratings berücksichtigt werden. Alle Anlagen, nicht nur grüne, müssen eine
729 Nachhaltigkeitsbewertung haben, die für alle Anleger*innen transparent ist. Dabei sind neben
730 den Klimazielen auch andere Umweltwirkungen, Menschenrechte, Arbeitsnormen und
731 Entwicklungsziele zu berücksichtigen. Dafür braucht die BaFin eine robuste ESG-
732 Aufsichtskompetenz gemäß der Sustainable-Finance-Regulierung. Auch in die Anlageberatung
733 muss diese Bewertung einfließen. Zum Schutz des Klimas, aber auch zum Schutz der
734 Anleger*innen, brauchen wir eine einheitliche Zertifizierung nachhaltiger Finanzprodukte auf
735 europäischer Ebene. So sorgen wir dafür, dass Kapital von schmutzigen in grüne und
736 nachhaltige Investitionen umgelenkt wird. Atomkraft ist keine grüne Geldanlage.

737 **Saubere Bilanzen am deutschen Kapitalmarkt**

738 Beim Bilanzskandal Wirecard sind die zuständigen Wirtschaftsprüfer*innen und die staatliche
739 Aufsicht an ihrer Aufgabe gescheitert. Erst nachdem ein neues Unternehmen auf die Bilanzen
740 geblickt hatte, wurde ordentlich geprüft, während man die Jahre davor immer wieder Bilanzen
741 durchwinkte, um die eigenen Versäumnisse der Vorjahre zu vertuschen. Wir wollen, dass
742 Unternehmen in der Regel nach sechs Jahren ihre Wirtschaftsprüfer*innen wechseln müssen.
743 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dürfen nicht gleichzeitig Unternehmen beraten, die sie
744 prüfen. Die Aufdeckung von Bilanzbetrug muss als Ziel gesetzlich verankert werden.
745 Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen wirksam staatlich beaufsichtigt werden. Die
746 persönliche Haftung von Entscheider*innen in Unternehmen muss bei Rechtsverstößen
747 tatsächlich wirksam werden. Auch Aufsichtsräte müssen gestärkt und kompetent besetzt
748 werden.
748 Die Vergütung von Vorständen muss sich am langfristigen Unternehmenserfolg statt am
749 kurzfristigen Börsenkurs orientieren.

750 **Eine Finanzaufsicht mit Zähnen**

751 Wir brauchen eine Finanzaufsicht mit Zähnen, die Missstände aufzeigt, statt sie zu
752 ermöglichen. Bei Wirecard hat auch die deutsche Finanzaufsicht (BaFin), wie so häufig zuvor
753 kläglich versagt. Als Aufseherin verbot die BaFin Leerverkäufe gegen Wirecard und zeigte
754 Journalist*innen an, die Unregelmäßigkeiten aufdeckten. Das kam einem Persilschein für
755 Wirecard gleich. Anleger*innen haben im Ergebnis nicht nur ihr Geld, sondern zugleich auch
756 das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland und seine Aufsicht verloren. Für ehrliche
757 Unternehmen wird die Finanzierung so künftig schwieriger und teurer. Kultur und
758 Selbstverständnis der BaFin müssen sich deshalb komplett ändern. Es braucht eine
759 Fehlerkultur innerhalb der Aufsicht und eine Kultur der Skepsis und des Hinterfragens. Wir
760 wollen eine Finanzpolizei mit umfassenden Prüfungsrechten schaffen, die Informationen mit
761 allen zuständigen Behörden im In- und Ausland austauscht. Dem Zoll als Bundesbehörde
kommen

762 wichtige Aufgaben im Bereich der Bekämpfung der Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und
763 Geldwäsche zu. Momentan ist er personell und organisatorisch nicht in der Lage, diese
764 Funktion zu erfüllen. Wir werden ihn besser und mit den notwendigen rechtsstaatlich
765 abgesicherten Befugnissen ausstatten, damit er künftig schwere Finanzkriminalität effektiv
766 bekämpfen kann.

767 **Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden**

768 Auch über zehn Jahre nach der Finanzkrise geht von Banken noch immer eine Gefahr für die
769 Wirtschaft aus. Noch immer ist nicht ausgeschlossen, dass im Falle einer Pleite die
770 Steuerzahler*innen haften. Wir wollen deshalb zurück zum „Boring Banking“. Banken sollen
771 nicht spekulieren, sondern die Realwirtschaft finanzieren. Statt der immer
772 undurchsichtigeren Regulierungsflut wollen wir einfache und harte Regeln. Die
773 Regulierungslücken bei Schattenbanken, Zahlungsdienstleistern und Fintechs schließen wir,
774 jedes Produkt und jeder Akteur muss reguliert sein. Wir werden die Schuldenbremse (Leverage
775 Ratio) für Banken verbindlich machen und schrittweise auf 10 Prozent erhöhen. Das riskante
776 Investmentgeschäft muss vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden
777 (Trennbankensystem). Auch Investmentbanken müssen konsequent beaufsichtigt und
778 Geschäftsbereiche, die zu Interessenskonflikten führen, ausgegliedert werden. Es braucht
779 eine starke Fusionskontrolle und zu große Banken sollen entflochten werden. Für kleine
780 Banken, von denen kein Risiko für das Finanzsystem ausgeht, sollten hingegen einfachere
781 Regeln gelten. Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir, unter anderem durch eine
782 EU-weite Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen. Um
783 die Stabilität und Berechenbarkeit der Finanzmärkte zu erhöhen, werden wir den schädlichen
784 Hochfrequenzhandel eindämmen.

785 **Schmutziges Geld einziehen**

786 Unser Land ist derzeit ein Paradies für Geldwäsche. Wir werden mit einer umfassenden
787 Strategie gegen Geldwäsche vorgehen. Bei allen Gesellschaften, Stiftungen und sonstigen
788 Konstrukten muss umfassende Transparenz über die wirtschaftlich Berechtigten bestehen. Wir
789 befürworten eine Absenkung der Identifizierungspflicht auf 10 Prozent. Lücken und
790 Umgehungsmöglichkeiten des Transparenzregisters werden geschlossen. Die Finanzaufsicht
791 muss
792 in der Geldwäschebekämpfung eine aktive Rolle spielen, statt Verdachtsmeldungen nur
793 weiterzureichen. Im Nichtfinanzsektor, gerade bei Immobilien, bleibt Geldwäsche besonders
794 oft unentdeckt. Wir werden bundesweite Mindeststandards für Aufsicht, Prüfungen, Ressourcen
795 und Personal durchsetzen. Die Zuständigkeit für die Bekämpfung der Geldwäsche soll
796 vollständig auf den Bund übergehen. Illegale Gelder und Vermögenswerte werden wir
797 umfassend
798 abschöpfen. Das Einfrieren von verdächtigen Finanztransaktionen wollen wir erleichtern und
799 die Dauer von Transaktionsverboten verlängern, um die Strafverfolgung zu sichern. Wir werden
800 die Einführung einer hohen Obergrenze für Bargeldzahlungen, wie von der EU-Kommission
801 vorgeschlagen, prüfen.

800 **Digitalen Euro einführen**

801 Digitales Bezahlen gewinnt in unserem Alltag stetig an Bedeutung. Es ist bequem, schnell und
802 soll noch sicherer werden. Wir befürworten die Initiative der Europäischen Zentralbank
803 (EZB), einen digitalen Euro zu schaffen. Sie gewährleistet dabei Daten- und Rechtssicherheit

804 für Verbraucher*innen und Unternehmen und erhöht die Effizienz der Euro-Transaktionen. Sie
805 wirkt ungerechtfertigten Kosten durch Oligopole entgegen. Private Firmen können auf dieser
806 Grundlage Produkte und Apps aufbauen. Ein digitaler Euro löst klassisches Bargeld nicht ab,
807 sondern ergänzt es. Eine Aushöhlung des Geld- und Währungsmonopols durch private
Währungen
808 mächtiger Großkonzerne lehnen wir strikt ab. Bei allen digitalen Zahlungen und
809 Kryptowährungen müssen die tatsächlichen wirtschaftlich Berechtigten analog zu Regelungen
810 beim Bargeld ab einer gewissen Schwelle ermittelt werden. Zur Bekämpfung von Verbrechen
wie
811 Geldwäsche, Darstellung sexualisierter Gewalt gegen Kinder, Steuerhinterziehung und Terror-
812 Finanzierung braucht es auch für den Bereich des digitalen Bezahls klare Regeln.
813 Bestehende Kooperationspflichten von Kryptotauschbörsen wollen wir erweitern und
814 Ermittlungsbehörden angemessen in diesem Bereich schulen. Wir wollen den rasanten
815 Entwicklungen im Bereich dezentraler Finanzanwendungen gerecht werden und die Chancen
und
816 Risiken von Kryptowährungen und Blockchains differenziert ausloten.

817 **Wir vollenden die Europäische Wirtschafts- und** 818 **Währungsunion**

819 **In Europas Zukunft investieren**

820 Europas Gesellschaften und Unternehmen leben von einer starken öffentlichen Infrastruktur.
821 Daher ist es umso gefährlicher, dass in den letzten Jahren so sehr auf Verschleiß gefahren
822 und nicht investiert wurde. Wir wollen die Europäische Währungsunion zu einer Sozialunion
823 ausweiten. In wichtigen Zukunftsfeldern wie der Digitalisierung oder der Batterieproduktion
824 droht Europa den Anschluss zu verlieren. Wir werden in der EU konsequent in Klimaschutz,
825 Digitalisierung, Forschung und Bildung investieren. Dafür wollen wir das neu geschaffene
826 Wiederaufbauinstrument verstetigen und in ein permanentes Investitions- und
827 Stabilisierungsinstrument unter der Kontrolle des Europäischen Parlaments überführen. Damit
828 sollte die EU sowohl in wichtige Zukunftsbereiche investieren als auch in Krisen
829 stabilisierend wirken können. Gleichzeitig stärken wir den EU-Haushalt, indem wir ihn mit
830 eigenen Einnahmen ausstatten. Die EU soll die Einnahmen des CO₂-Grenzausgleichs erhalten.
831 Auch die Besteuerung von Plastik und Digitalkonzernen und möglichst auch der
832 Finanztransaktionen soll den EU-Haushalt stärken. Wir wollen gemeinsam mit unseren
833 europäischen Partnern den Stabilitäts- und Wachstumspakt so reformieren, dass ein zu hoher
834 Kürzungs- und Privatisierungsdruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in allen
835 Mitgliedsländern weiter erhöht werden können. Öffentliche Daseinsfürsorge, gute
836 Gesundheitsversorgung und Bildung müssen in allen europäischen Mitgliedsländern gestärkt
837 werden.

838 **Währungsunion vollenden, Europa krisensicher aufstellen**

839 Es war ein Fehler, dass die Konservativen jahrzehntelang eine eigene Fiskalpolitik Europas
840 verhindert haben. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die EU mit einem nachhaltigen
841 Investitionsfonds ein Instrument für eine dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält. Der Fonds
842 stabilisiert im Krisenfall und investiert in europäische öffentliche Güter wie Klima,
843 Forschung, digitale Infrastruktur, Eisenbahn und Bildung. Er muss so gestaltet werden, dass
844 er im Krisenfall nicht durch einzelne Länder blockiert werden kann und eine starke Kontrolle

845 durch das Europaparlament sichergestellt ist. Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird zu
846 einem Europäischen Währungsfonds weiterentwickelt. In ihm erhalten die Länder eine nicht
847 konditionierte kurzfristige Kreditlinie. So wird Spekulation gegen einzelne Staaten schon im
848 Vorfeld abgewendet. Die Bankenunion wird durch eine gemeinsame Einlagensicherung als
849 Rückversicherung vollendet, damit jeder Euro überall gleich sicher ist. Durch eine
850 gemeinsame und stärker antizyklische Fiskalpolitik entlasten wir die Zentralbank und sorgen
851 dafür, dass sie künftige Brände nicht wieder alleine löschen muss. Darüber hinaus begrüßen
852 wir, dass die EZB ihrer Verantwortung für die Stabilität des Euro in allen Mitgliedstaaten
853 nachkommt, indem sie Zinsunterschiede innerhalb der Eurozone in Grenzen hält. Wir stehen zur

854 Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Gleichzeitig begrüßen wir die Debatte der EZB
855 über ihre neue geldpolitische Strategie. Die Klimakrise hat massive Rückwirkungen auf unsere
856 Volkswirtschaften, es ist deshalb sinnvoll, dass alle geldpolitischen Maßnahmen den Einfluss
857 der Klimakrise auf die Geldwert- und Finanzstabilität berücksichtigen. Zudem hat die EZB die
858 Aufgabe, die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU zu unterstützen. Wie sie den Europäischen
859 Green Deal mit seinen ökologischen und sozialen Zielen als wirtschaftspolitische
860 Leitstrategie der EU stärkt, obliegt ihrer unabhängigen Entscheidung.

861 **Euro zur Leitwährung machen**

862 Wir wollen, dass sich der Euro zu einer glaubwürdigen, internationalen Leitwährung
863 entwickelt, damit Europa seine Souveränität bewahrt und ausbaut. Langfristig soll ein
864 starker und stabiler Euro seinen Platz in einem kooperativen globalen Weltwährungssystem
865 finden. Der Euro ist ein wesentlicher Baustein einer umfassenden Strategie, die europäische
866 Werte auf der globalen Ebene stärkt und durchsetzt. Wir werden sichere europäische
867 Vermögenswerte schaffen, in denen die Welt sparen kann. In Zukunftsmärkten wie Investitionen

868 in Klimaschutz soll der Euro das internationale Zahlungsmittel werden. Um die internationale
869 Rolle des Euro zu stärken, braucht es aber auch innereuropäische Solidarität: Wir wollen
870 Ungleichgewichte gemeinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie wirtschafts-
871 und finanzpolitische Entscheidungen als Gemeinschaft treffen.

872 **Wir haushalten solide, weitsichtig und gerecht**

873 **Bundshaushalt wird zukunftstauglich**

874 Wir wollen den Bundshaushalt nachhaltiger, gerechter und transparenter machen.
Nachhaltiger
875 wird er, wenn wir die umweltschädlichen Subventionen endlich beenden. Immer noch
876 subventionieren die öffentlichen Haushalte des Landes mit über 50 Milliarden Euro
877 klimaschädliches Verhalten. Wir werden diese Subventionen schrittweise abbauen und den
878 Bundshaushalt klimagerecht machen. In einem ersten Schritt können wir so über 15 Milliarden
879 Euro jährlich einnehmen und sie für die Finanzierung von Klimaschutz und sozialer
880 Gerechtigkeit einsetzen. Für die Ausgaben des Bundes streben wir eine Klima- und
881 Biodiversitätsquote an, die schrittweise steigen soll. Zur Finanzierung dieser nachhaltigen
882 Ausgaben setzen wir auf grüne Anleihen. Mit dem Gender Budgeting erreichen wir eine
883 konsequente Berücksichtigung und Einbeziehung von Gleichstellungsaspekten bei finanz- und
884 haushaltspolitischen Entscheidungen. Das macht den Haushalt gerechter. Durch die Gestaltung
885 des Bundshaushaltes nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung machen wir ihn

886 transparenter und generationengerechter. Unser Steuersystem wollen wir schrittweise so
887 umbauen, dass Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch stärker besteuert werden und dafür
888 beispielsweise Steuern und Abgaben auf Arbeit verringert werden, oder die Einnahmen etwa als
889 Energiegeld zurückgegeben werden.

890 **Sorgsamer Umgang mit Steuergeld**

891 In den vergangenen Jahren wurde im großen Umfang Geld im Bundeshaushalt verschwendet.
Die
892 Pkw-Maut war ein Desaster mit Ansage. Das Verteidigungsministerium hat Millionen in teure
893 Beraterverträge versenkt. Schlecht gemachte öffentlich-private Partnerschaften haben sich
894 für die privaten Unternehmen als lukrativ und für die Steuerzahler*innen als teuer erwiesen.
895 Wir werden sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler*innen umgehen. Das und das Streichen von

896 überflüssigen Ausgabeposten hat für uns Vorrang vor Kreditaufnahme und
Einnahmeerhöhungen.

897 Wir werden künftig Transparenz herstellen und alle ÖPP-Verträge veröffentlichen.
898 Grundsätzlich wollen wir, dass ÖPP nur dann in Betracht kommen dürfen, wenn sich durch sie,
899 langfristig und sicher, ein Mehrwert oder geringere Kosten für die Steuerzahler*innen
900 ergeben. Im Verkehrsbereich wollen wir ÖPP-Projekte gesetzlich ausschließen. Die Kontrolle
901 bei Bauvorhaben und großen öffentlichen Beschaffungen wird verbessert. Weitere
902 Privatisierungen öffentlicher Unternehmen im Bereich der öffentlichen Pflichtaufgaben der
903 Daseinsvorsorge lehnen wir ab.

904 **Schuldenbremse reformieren, Investitionsregel einführen**

905 Deutschland verfügt auch nach der Corona-Krise über tragfähige Staatsfinanzen. Die Zinsen
906 sind historisch niedrig, das Vertrauen in deutsche Staatsanleihen ist hoch. Wir haben aber
907 ein Zukunftsproblem. Die Erde erhitzt sich, die Schulen verfallen und Deutschland gehört
908 beim schnellen Internet zu den Schlusslichtern der EU. Wir investieren zu wenig in unser
909 Land. Das sind Schulden, die nicht in den Büchern stehen, aber unseren Wohlstand gefährden.
910 Wir wollen die Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder zeitgemäß gestalten,
sodass

911 die Tragfähigkeit der zukünftigen Zinslast gewährleistet ist, und zugleich die so dringenden
912 Investitionen zu ermöglichen. Bei konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeitigen
913 strikten Regelungen; bei Investitionen, die neues öffentliches Vermögen schaffen, erlauben
914 wir eine begrenzte Kreditaufnahme in Höhe der Netto-Investitionen. So
915 schaffen wir öffentliches Vermögen, das uns allen gehört, denn die Rendite öffentlicher
916 Investitionen ist hoch, während der Bund keine Zinsen für seine Kredite bezahlt.

917 **Mehr Steuergerechtigkeit schaffen**

918 Steuern sind die Grundlage für die Finanzierung unseres Gemeinwesens und zentraler Hebel für
919 Gerechtigkeit. Wir möchten es gerechter und transparenter für die Bürger*innen machen.
920 Angesichts der Corona-Krise wird die Lage der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren

921 sehr
922 angespannt sein. Daher müssen alle Veränderungen im Steuerrecht mindestens

aufkommensneutral

923 sein. Ziel ist, dass alle einen fairen Beitrag leisten. Heute aber tragen die obersten 10
924 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren
925 Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um
926 kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz
927 moderat anheben. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende und 200.000 Euro
für
928 Paare wird eine neue Stufe mit einem Steuersatz von 45 Prozent eingeführt. Ab einem
929 Einkommen von 250.000 bzw. 500.000 Euro folgt eine weitere Stufe mit einem
Spitzensteuersatz
930 von 48 Prozent. Zusätzlich werden hohe Manager*innengehälter oberhalb von 500.000 Euro
nicht
931 mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen. Kapitalerträge werden unter Beibehaltung
des
932 Sparerfreibetrages mit dem individuellen Steuersatz veranlagt. Banken und andere
933 Finanzinstitute behalten weiterhin Kapitalertragsteuer ein, die eine Vorauszahlung auf die
934 persönliche Einkommensteuer darstellt. Für auf Unternehmensebene bereits versteuerte
935 Einkommen wie Dividenden gilt wieder generell das Teileinkünfteverfahren, das die
936 Kapitalerträge auf Anlegerebene teilweise steuerlich freistellt. Aktienkleinanleger*innen
937 entlasten wir so spürbar und nähern uns dem Ideal eines finanzierungsneutralen Steuersystems
938 an. Wir werden die bislang nach einer Zehn-Jahres-Frist geltende Steuerfreiheit für
939 Veräußerungsgewinne von Grundstücken und Immobilien abschaffen. Auch werden wir die
940 Steuerfreiheit für andere Veräußerungsgewinne, beispielsweise beim Handel mit Edelmetallen,
941 Rohstoffen oder Kryptowerten, abschaffen. Untere und mittlere Einkommen entlasten wir unter
942 anderem durch die Einführung einer Kindergrundsicherung und durch unser Energiegeld. Soweit
943 durch mobiles Arbeiten Kosten für Arbeitnehmer*innen entstehen, müssen diese vom
Arbeitgeber
944 erstattet werden oder steuerlich als Werbungskosten absetzbar sein. Die
945 Vermögensungleichheit in Deutschland hat stark zugenommen und liegt weit über dem EU-
946 Durchschnitt. Das liegt unter anderem daran, dass es sehr reichen Menschen möglich ist,
947 durch Gestaltungen einer Besteuerung von Vermögen, etwa bei der Erbschaftssteuer, nahezu
948 komplett zu entgehen. Wir wollen solche Gestaltungsmöglichkeiten abbauen und große
Vermögen
949 wieder stärker besteuern. Dafür gibt es verschiedene Instrumente wie zum Beispiel die
950 Erbschaftssteuer oder die Vermögensteuer. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die
951 Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für
952 die Finanzierung der wachsenden Bildungsaufgaben einsetzen. Die Vermögensteuer sollte für
953 Vermögen oberhalb von zwei Millionen Euro pro Person gelten und jährlich 1 Prozent betragen.
954 Begünstigungen für Betriebsvermögen werden wir im verfassungsrechtlich erlaubten und
955 wirtschaftlich gebotenen Umfang einführen. Dabei streben wir Lösungen an, die zusätzliche
956 Anreize für Investitionen schaffen und die besondere Rolle und Verantwortung von
957 mittelständischen und Familienunternehmen berücksichtigen. Ungerechtfertigte Ausnahmen im
958 Bereich der Umsatzsteuer bauen wir ab und sorgen dadurch auch hier für mehr Fairness bei der
959 Finanzierung staatlicher Aufgaben.

960 Konsequent gegen Steuerhinterziehung und -vermeidung vorgehen

961 Jedes Jahr verlieren die Steuerzahler*innen hohe Milliardenbeträge durch Steuerhinterziehung
962 und aggressive Steuervermeidung. Wir wollen mit einer umfassenden Strategie dagegen
963 vorgehen. Die EU-weite Anzeigepflicht für Steuergestaltungen muss um eine Verpflichtung für
964 rein nationale Gestaltungen ergänzt werden. Wir setzen uns auf internationaler Ebene für
965 eine globale Allianz gegen Steuerhinterziehung ein. Zusätzlich zur bestehenden Steuerpflicht
966 nach dem Wohnsitz wird eine Steuerpflicht auch nach der Nationalität für Menschen mit hohem
967 Einkommen, ähnlich wie in den USA, eingeführt, um rein steuerlich motivierte Wohnsitzwechsel
968 zu verhindern. Wir werden regelmäßig die Steuerlücke schätzen lassen. Die Steuerverwaltung
969 muss deutlich gestärkt werden. Um Vollzugsdefizite bei der Bekämpfung von Steuervermeidung
970 großer Konzerne und reicher Bürger*innen zu beheben, schaffen wir eine Spezialeinheit auf
971 Bundesebene. Steuerhinterziehung ahnden wir härter, die Umgehung der Grunderwerbssteuer
mit
972 Share Deals muss endlich unterbunden werden. Cum-ex- und Cum-cum-Geschäfte beenden wir,
wo
973 sie immer noch möglich sind, und kümmern uns mit Nachdruck um eine konsequente
Einziehung
974 der entstandenen Schäden durch die Länder.

975 Konzerne angemessen besteuern

976 Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe, aus Europa
wie
977 aus vielen armen Ländern. So fehlen Milliarden für unsere Infrastruktur, und die Firmen
978 verschaffen sich unfaire Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen. Darum
kämpfen
979 wir für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die
980 Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt, sowie die Stärkung des UN-Steuer-
981 Komitees. Die internationalen Mindeststeuersätze für Großunternehmen wollen wir in
982 Deutschland und Europa ambitioniert umsetzen. Europa soll die Mindeststeuersätze Amerikas
983 nicht unterbieten, sondern transatlantisch für höhere Mindeststeuersätze streiten. Zudem
984 brauchen wir harte EU-Regeln gegen den Missbrauch von Briefkastenfirmen zur
985 Steuervermeidung. Auch zu Hause werden wir aktiv: Wir wollen dafür sorgen, dass Konzerne
986 ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich machen
müssen.
987 In der EU führen wir eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und

988 einen Mindeststeuersatz von mittelfristig 25 Prozent ohne Ausnahmen ein. Google, Facebook
989 und Co. werden mit einer Digitalkonzernsteuer endlich angemessen besteuert. Eine
990 Übergewinnsteuer für andere Sektoren werden wir prüfen. Banken und Steuerberater*innen
991 verbieten wir, Geschäfte in Steuersümpfen zu tätigen oder dorthin zu vermitteln. Wir setzen
992 uns dafür ein, auch in Steuerfragen zu Mehrheitsentscheidungen in der EU überzugehen. Soweit

993 europäische Einigungen nicht gelingen, gehen wir voran, in verstärkter Zusammenarbeit oder
994 gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen mit einer
995 verschärften Zins- und Lizenzschränke und mit Quellensteuern vor.